

---

## Buchbesprechungen

---

Zukunft durch öffentliche Dienste. Herausgegeben von Monika Wulf-Mathies, Bund-Verlag, Köln 1991. Sechs Bände, 1256S.,jeweils 19,80DM.

Mit der sechsbändigen Reihe „Zukunft durch öffentliche Dienste " hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) einen fast vollständigen Problemaufriß der Lage, der Entwicklung und der Anstöße zur Reform der sozialstaatlichen Einrichtungen vorgelegt. Die auf über 1200 Seiten dokumentierten Ergebnisse von Projekten, Anhörungen und Arbeitstagungen der ÖTV sind ein Mammut-Lesestoff, aber gewiß ein wegen der immer wieder aufbrechenden Diskussion um Leistungsfähigkeit wie Berechtigung

öffentlicher Einrichtungen sowie deren Finanzierbarkeit notwendiger Beitrag - und überdies ein in weiten Strecken leicht lesbarer, für den interessierten Laien sogar teilweise spannender. Das Gesamtunternehmen ist zugleich als Versuch der Gewerkschaft zu werten, aus der Rolle des verdächtigten Schrittmachers für Bürokratisierung, Leistungsabwesenheit, Anspruchsdenken und Verrechtlichung der Beziehungen zwischen Bürgern und Diensten herauszufinden. Ich halte dies für einen geglückten Versuch. Denn es wird offen diskutiert, vor allem an Modellen nachgezeichnet, wie sich der öffentliche Dienst im Spannungsverhältnis zwischen Sozialstaatsgebot und marktwirtschaftlicher Effizienz öffnen könnte.

Einige Aspekte der Gesamtdiskussion, die für die Zukunft der ÖTV sowie die Beziehungen zwischen öffentlicher Dienstleistung und Bürgerschaft von herausgehobener Bedeutung sind, sollen aufgegriffen werden:

1. Die Tatsache, daß der öffentliche Dienst in den Augen vieler Bürger als antiquiert, leistungsgemindert, sogar als obrigkeitstaatlich empfunden wird und empfunden werden muß, ist nicht der Arbeitnehmersvertretung anzulasten. Es ist eine Schuld der Dienstherren, für moderne, offene und bürgerfreundliche Serviceleistungen zu sorgen und eine innere Struktur herbeizuführen, die den Ansprüchen auf Transparenz, Mitentscheidung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der finanzwirtschaftlichen Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hände entspricht. Nach meiner Überzeugung wird sich die ÖTV dem Dialog über einen derartigen Kurs der öffentlichen Dienste nicht verweigern.

2. In der gesellschaftspolitischen Defensive stecken immer noch und unbezweifelbar jene, die eine behutsame Öffnung der sozialstaatlichen Strukturen anstreben. Den Konservativen ist es nämlich gelungen, mit der Parole Staat contra Markt angebliche Alternativen in der öffentlichen Meinung zu verankern, die es so nicht gibt, und die auch keine Probleme lösen helfen würden.

Daseinsvorsorge ist traditionell sozial verankert, seit wenigen Jahren zudem ökologisch fundamentiert und nach der staatlichen Einheit auch ökonomisch offenkundig unverzichtbar. Wer nun glaubt, diese unaufhebbaren Seiten der Staatlichkeit ließen sich unter privater Regie besser und billiger einlösen, der irrt. Der Markt führt ja nicht einmal überall dort, wo er seine Stärken ausspielen könnte, zu den effizientesten Verhältnissen. Sonst gäbe es kein teils betroffenes, teils betretenes Schweigen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft angesichts produktivitätssteigernder Arbeitsstrukturen in japanischen Großunternehmen.

Andererseits ist überhaupt nicht einzusehen, daß der Staat zum Beispiel die Rolle als Träger von Risikokapital und Ersatz für privatwirtschaftliche Risikobereitschaft auf Dauer spielen muß. Das ist nicht einmal in den neuen Ländern erforderlich, in denen der Staat heute auf breiter Front investitions- und beschäftigungspolitisch an der Stelle privater Investoren handeln muß, weil Struktur- und regionalwirtschaftliche Zwänge keine Alternative lassen. Entscheidend ist, daß für privatwirtschaftliches Engagement und öffentliche Leistung ein akzeptabler Ordnungsrahmen vorliegt. Hier hegt einiges im argen. Es wird eine wichtige Aufgabe für die Sozialdemokratie werden, in diesem Kontext eine neue Abstimmung und ein neues „Mischungsverhältnis von Markt und Staat“ (Monika Wulf-Mathies) zu beschreiben. Es ist ermutigend zu lesen, daß sich die ÖTV hier nicht eingräbt, sondern Experimentierfreudigkeit erkennen läßt. Übrigens leben die konservativen Ideen in diesem Bereich von Entwürfen wie dem des Thatcherismus. Und dessen Praxis ist alles andere als überzeugend. Es wird spannend sein, zu beobachten, welche Konsequenzen die konservative Staats- und Sozialstaatskritik aus dem praktischen Scheitern solcher Entwürfe zieht.

3. Nur ein moderner, sich seiner Dienstleistungsfunktionen bewußter und daher zum Engagement fähiger öffentlicher Dienst wird die Aufgabe erfüllen können, Partner der vielen Selbsthilfe-Initiativen zu sein. Diese Initiativen machen unsere Gesellschaft nicht nur reicher, sie sind auch unverzichtbar. Sie nehmen heute in vielen Bereichen Funktionen wahr, die ihren Ursprung in vorbildlichem Bürgerbewußtsein haben. Man muß lernen, den aus solchen Initiativen kommenden Ansprüchen nicht als Konkurrenz oder Besserwisser zu begegnen. Der öffentliche Dienst hat alle Chancen, in diesem Rahmen einen Kontrapunkt zur vielbeklagten Bürokratisierung zu setzen.

4. Tarifpolitik ist Gesellschaftspolitik und kein makabrer Reigen von Funktoren zweier Verbände auf Konfliktkurs. Die jüngste tarifpolitische Lage im öffent-

liehen Dienst ist zum einen die Reaktion auf nicht eingelöste Vorleistungen der Gewerkschaften aus verteilungspolitischer Verantwortung, Vorleistungen wegen der Beschäftigungsentwicklung in den achtziger Jahren und zum anderen die Reaktion auf die preistreibende Steuer- und Abgabepolitik der Bundesregierung, zumal dieser Politik kein Gestaltungskonzept zugrunde liegt, dem Gewerkschaften Akzeptanz entgegenbringen könnten.

Die Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst wird in Zukunft sehr viel stärker qualitativen Zielen dienen. Herstellung von Mitbestimmung bei Einführung neuer Technologien, Humanisierung von Arbeitsplätzen und die sozial- wie arbeitsrechtliche Einbettung flexibler Arbeitsverhältnisse sind die entscheidenden Stichworte. In den Gewerkschaften ist eine zunehmend nüchterner werdende Einstellung gegenüber diesen Themen festzustellen; auch wachsende Bereitschaft, neuen Technologien nicht mehr ausschließlich aus einer Abwehrhaltung zu begegnen, sondern sie als Ansatz für erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten zu erproben. Für die Sozialdemokraten ist diese Entwicklung Ermunterung, die Mitbestimmungs- und Humanisierungsdiskussion fortzuführen und, wo nötig, neu aufzunehmen. Denn ohne parlamentarische Verankerung würde ihr kein praktischer Erfolg beschieden sein.

Es wäre Wesentliches für einen modernen öffentlichen Dienst gewonnen, wenn diese Trends einer breiten Öffentlichkeit bekannt wären und von dieser als Teil der Zukunftsdebatte verstanden würden.

5. Der öffentliche Dienst steht nicht nur im Spannungsfeld von Daseinsvorsorge und Orientierung an marktwirtschaftlicher Effizienz. Er muß auch der anhaltenden gesellschaftlichen Differenzierung bei gleichzeitiger Auflösung traditioneller, milieubedingter Verhaltensweisen gerecht werden.

Hier liegt der eigentliche und tiefe Grund für die Zukunftschance der Gewerkschaft als Organisation, auch im öf-

fentlichen Dienst. Denn Individualisierung erfordert nicht weniger, sondern mehr und zugleich neue Solidarität. Solidarität, die eng an Verantwortung gebunden ist. Welche Möglichkeiten bieten sich Arbeitnehmervertretungen, die ihren Mitgliedern freien Raum zum Engagement bieten? Welche Möglichkeiten tun sich auf, wenn Gewerkschaften Träger des Willens zur Eigenverantwortlichkeit in hierarchischen Einrichtungen werden?

Ein Beispiel: Niemand wird bestreiten, daß es den Arbeitsverwaltungen gelingt, ein Heer von Empfängern rasch und der Gesetzeslage entsprechend mit Leistungen zu versorgen. Zugleich ist die Verantwortung der Mitarbeiter der Arbeitsverwaltungen gestiegen, weil sie unter sehr schwierigen und bürokratischen Bedingungen für unterschiedliche Erwerbsverläufe und Menschen mit unterschiedlichem Leistungsvermögen berufliche Möglichkeiten eröffnen, wenn auch oft mit unbefriedigendem Ergebnis für alle Beteiligten.

Dieser Weg, öffentliche Dienstleistungen auf einen kundenfreundlichen, individuelleren Weg zurückzuführen, wäre lohnend. Denn daß unter den Individualisierungstendenzen einem Teil des öffentlichen Dienstes unmittelbar Verantwortung zugewachsen ist, liegt auf der Hand. Nur müssen die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Freilich sollte man sich vor einer Gefahr hüten: Den großen gewerkschaftlichen Interessenvertretungen einen Anpassungszwang an neue gesellschaftliche Verhältnisse zu verordnen, den sie nicht leisten können. Sie brauchen Zeit; sie müssen erproben und experimentieren und ihre Mitgliedschaft von Neuerungen überzeugen können. Das ist eine schwierige Aufgabe. Sollte gewünscht werden, daß die gute alte SPD hilft, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zugunsten eines Reformklimas zu verändern, so ist sicher: Sie wird dann zur Stelle sein.

Rudolf Dreßler MdB,  
Bonn

Hugo Portisch: Hört die Signale. Wege und Irrwege des Sowjet-Kommunismus, Kremayr & Scheriau, Wien 1991, 448 S., 78DM.

Die Sowjetunion hat sich aufgelöst, das sie politisch tragende Sozialismusverständnis ist gescheitert. Angesichts der weltpolitischen Bedeutung dieser Entwicklung lohnt ein Blick zurück, um nach den Bedingungsfaktoren für Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus zu fragen. Einen zusätzlichen Reiz erhält dies durch neue Erkenntnisse, die erst nach Öffnung der Archive in der Glasnost-Ära möglich wurden. Ein kompaktes, auf den neuesten Forschungsstand gebrachtes und gleichzeitig anschaulich beschriebenes Bild der gewandelten Sowjetunion liefert der Fernsehjournalist Hugo Portisch in seinem Buch „Hört die Signale. Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus“.

Die Darstellung setzt ein bei der Februarrevolution 1917, schildert den Oktoberaufstand und die darauf folgende Entwicklung bis zu Lenins Tod. Dem folgt die Beschreibung der Stalin-Ära mit den anfänglichen innerparteilichen Machtkämpfen über die Zeit der Zwangskollektivierung und des Terrors bis zum Zweiten Weltkrieg und der darauf folgenden Sowjetisierung Osteuropas. Daran anschließend zeichnet Portisch die Chruschtschow-Ära mit ihrer Tauwetterperiode und deren Ende in der Breschnew-Zeit nach. Die letzten Kapitel behandeln die Reformpolitik Gorbatschows bis zum versuchten Putsch im August 1991. Begleitet wird der Text von zahlreichen Abbildungen und Fotos, die teilweise bislang noch nie veröffentlicht werden konnten, etwa von der

Ausweisung Trotzki oder vom Hungerelend im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung in der Ukraine.

Über die Darstellung der historischen Ereignisse hinaus macht der Autor dabei immer wieder problemorientiert auf einzelne Aspekte aufmerksam und diskutiert verschiedene Interpretationen, ohne dabei die eigene Auffassung zu verbergen. Eine der wichtigsten Positionen Portischs ist die These, daß sich die Entwicklung hin zum Stalinismus und seinen Folgen nicht als Bruch gegenüber der vorherigen Politik verstehen läßt, sondern entsprechende Tendenzen bereits in der Lenin-Ära angelegt waren und auch unter Trotzki keine grundlegend anderen politischen Veränderungen zu erwarten gewesen wären. Trotz seiner in dieser Hinsicht eindeutigen Haltung pauschaliert der Autor nicht, sondern weist differenziert argumentierend und wertend auf bestimmte Problempunkte hin.

Darüber hinaus läßt Portisch auch die neuesten Erkenntnisse über die historische Entwicklung der Sowjetunion mit Hinweis auf jetzt erst zugängliche Quellen und die neuere historische Forschung in die Darstellung einfließen. Einziger Makel ist dabei, daß die zweifelhafte „Suworow“-Veröffentlichung „Der Eisbrecher“ nicht kritisch rezipiert wird. Dies mindert allerdings nicht den Wert der anschaulichen und informativen Veröffentlichung. Sie entstand ursprünglich als eine Art Begleitbuch zur gleichnamigen Fernseh-Dokumentation, ist aber auch unabhängig davon lesbar.

Armin Pfahl-Traughber,  
Bad Endbach